

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

15

Wien, am 18. Jänner 1932.

## Massnahmen gegen das Glatteis.

### Der gesamte Apparat der Gemeinde für die Strassenreinigung in Betrieb.

Die ungewöhnlich starke Glatteisbildung hat die zuständige Magistratsabteilung veranlasst, den gesamten Strassenreinigungsapparat, soweit er für Streuarbeiten verwendet werden kann, seit dem zeitlichen Morgen in den Dienst zu stellen. So hat die ständige Bereitschaftsmannschaft für die Strassensäuberung, das sind rund 200 Strassenarbeiter, bereits um halb vier Uhr früh mit dem Aufstreuen von Sand und Asche begonnen. Um fünf Uhr früh traten weitere 800 Mann in den Strassenreinigungsdienst, sodass seit fünf Uhr früh rund 1000 Mann mit den Aufstreuarbeiten beschäftigt sind. Für die Aufstreuarbeiten sind bis jetzt insgesamt 100 Pferdefuhrwerke, 2 maschinelle Sandstreuautos und rund 15 Lastkraftwagen verwendet worden. Mit Rücksicht auf den Morgenverkehr wurden in erster Linie die Strassenkreuzungen und besonders beanspruchte Fahrbahnen mit Sand und Asche bestreut. Die Aufstreuarbeiten dauerten während des ganzen Vormittags fort.

-----

### Der städtische Rechnungsabschluss für das Jahr 1930.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1930 fort.

Stadtrat Speiser leitete die Spezialdebatte mit einem Bericht über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform ein. Am 31. Dezember 1930 seien 14.124 Angestellte nach der allgemeinen Dienstordnung, 5.876 Lehrpersonen, 1.011 Angestellte, die nach dem Gehaltsschema der Dienstordnung für die Feuerwehrbediensteten entlohnt worden, 1.643 Kollektivvertragsbedienstete und 1.552 Vertragsangestellte in Verwendung gestanden. Die Zahl der Pensionsparteien habe 10.375 betragen.

Gemeinderat Stöger bemerkt, dass die Verschuldung des städtischen Personals relativ weit grösser sei als die der anderen Beamten- und Angestelltenschaft. Wie in den vorhergegangenen Jahren müssen wir auch heuer dagegen schärfstens protestieren, dass die Gemeindeverwaltung nur mit dem Verband der städtischen Angestellten verhandelt. Die Verwaltung müsse endlich einmal ihre einseitige Haltung aufgeben. Mit Befriedigung könne festgestellt werden, dass die Personalverwaltung mit dem korrumpierten Auszeichnungssystem gebrochen hat. Der Rodner verlangt eine Erhebung der Familienstände der städtischen Angestellten und beantragt sodann, den Magistrat zu beauftragen, zu allen dienst- und besoldungsrechtlichen Verhandlungen gemäss § 71 der Dienstordnung die Gewerkschaft der christlichen Gemeindeangestellten und die Gewerkschaft der christlichen Lehrer und Lehrerinnen beizuziehen, weiter eine Abänderung des § 81 der Dienstordnung dahingehend, dass die Mitglieder der Personalkommissionen, soweit sie als Vertreter der Gemeindeangestellten entsendet werden, von den Angestellten selbst in unmittelbarer freier und geheimer Wahl nach dem Grundsatz der gebundenen Liste (Verhältnismahlrecht) gewählt werden, und schliesslich eine Abänderung der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt für die Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien, wonach die Vertreter der Gemeindeangestellten im Vorstand, Verwaltungsausschuss, Ueberwachungsausschuss und Schiedsgericht von den Gemeindeangestellten selbst in unmittelbarer geheimer Verhältnismahlwahl nach dem Grundsatz der gebundenen Listen gewählt werden sollen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 18. Jänner 1932.

St. Rtin Dr. Motzko wünscht Aufklärung über den Stand der Verwaltungsreform überhaupt und über einzelne Verwaltungsreformen im besondern, zum Beispiel über die Reformen im Verrechnungswesen, Aufwand für Ueberstunden usw. Die Rednerin urgiert die Vorlage des Berichtes des Rechnungshofes an den Magistratsdirektor und beschäftigt sich dann mit der Interessentenvertretung der städtischen Angestellten- und Lehrerschaft. In der Dienstordnung sei die Koalitionsfreiheit festgelegt und die Verwaltung dürfe dieses Recht nicht beugen. Wir beantragen daher die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses, der festsetzt, dass der Abschluss eines Kollektivvertrages mit jener Gewerkschaft zu tätigen ist, der die Mehrheit der Arbeitnehmer angehört, und die Einsetzung eines Ausschusses zwecks Reformierung der Dienstordnung.

G.R. Angermayer beantragt, den Rechnungsabschluss anfangs Oktober in Beratung zu ziehen, um die Verhandlungen noch vor der Beratung des Voranschlages abschliessen zu können. Ein zweiter Antrag des Redners geht dahin, die Stellung des Kontrollamtes derart umzugestalten, dass das Amt der Gemeindeverwaltung und dem Bürgermeister gegenüber so unabhängig ist wie der Rechnungshof der Bundesverwaltung und der Regierung gegenüber.

In seinem Schlusswort stellt der Referent fest, dass die Gemeinde Wien ihren Angestellten seit 1. Jänner 1925 an Bezugserhöhungen 58,7 Prozent gewährt habe, um 16,6 Prozent mehr, als die Bundesangestellten erhalten haben, worauf die Positionen der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform genehmigt, die Anträge der Minderheit abgelehnt werden.

Stadtrat Professor Dr. Tandler referiert über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung, worauf St. Rtin. Dr. Motzko die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes über das Wohlfahrtswesen bespricht. Der Rechnungshof bestätige die wiederholte Feststellung der Minderheit, dass die Anstalts- und Kinderfürsorge infolge des Personalaufwandes sehr kostspielig ist. Durch den Personalaufwand seien beträchtliche Beträge für die Wohlfahrtspflege immobilisiert worden.

Vizebgn. Hess bemerkt, dass die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes über das Wohlfahrtswesen sehr viele Beanstandungen enthalten. Der Redner verweist auf die wirtschaftspolitische Lage Oesterreichs und betont, dass es angezeigt wäre, mit Rücksicht auf das Ausland die Wiener Verwaltung weniger kostspieliger zu führen.

G.R. Stöger bedauert, dass die Gemeinde nur eine einzige Trinkerfürsorgestelle unterhalte. Gerade bei der Trinkerfürsorge sei eine Ausgestaltung dringend notwendig.

In seinem Schlusswort erwidert der Berichterstatter auf die Bemerkungen des Vizebürgermeister Hess, dass die berufenen Vertreter des Auslandes die Wiener Wohlfahrtseinrichtungen voll und ganz anerkennen, worauf die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung angenommen werden.

Stadtrat Weber leitet die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen ein. Er führt unter anderem aus, dass am 31. Dezember 1930 insgesamt 51.417 Wohnungen und 3.474 Geschäftslokale von der städtischen Wohnhausverwaltung verwaltet werden seien.

Die Verhandlungen werden abgebrochen; nächste Sitzung morgen, Dienstag, 16 Uhr.

.....  
Sitzung der Bezirksvertretung Wieden.

Morgen, Dienstag, findet um 16 Uhr 30 eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden statt.